

Aufforderung zur Angebotsabgabe im offenen Verfahren gemäß § 14 Abs. 1 Var. 1, Abs. 2 S. 1, § 15 Abs. 1 VgV

Rahmenvereinbarung über Beschaffung von Lizenzen für Microsoft Produkte sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit Lizenzerwerb und -verwaltung
Vergabenummer: 2026030139

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, im o.g. Vergabeverfahren ein Angebot zu erstellen und dieses innerhalb der Frist zur Einreichung der Angebote bis zum

15.06.2026, 10 Uhr (Angebotsfrist)

unter Berücksichtigung der im Vergabeverfahren bereitgestellten Vergabeunterlagen und Informationen einzureichen.

1. Rechtsrahmen

1.1 Vergabeverfahrensart und Vergabevorschriften

Das Vergabeverfahren wird als offenes Verfahren gemäß § 119 GWB in Verbindung mit §§ 14, 15 VgV durchgeführt.

1.2 [unbesetzt]

2. Nachprüfung

2.1 Nachprüfungsstelle

Interessenten/Bieter können sich zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabevorschriften an folgende Stelle wenden:

Regierung von Oberbayern – Vergabekammer Südbayern

Maximilianstraße 39

80538 München

Tel: +49 89 2176-2411

Webseite:

https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/ueber_uns/zentralezustaeendigkeiten/vergabekammer-suedbayern/index.html

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

2.2 Nachprüfungsantragsfrist

Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rügen ergeben sich insbesondere aus § 160 Abs. 3 GWB. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten darüber hinaus insbesondere die Regelungen der §§ 134, 135, 160 GWB.

3. Auftraggeber; Hinweise

3.1 Auftraggeber

Auftraggeber ist die LfA Förderbank Bayern.

3.2 Besondere Hinweise

Ungeachtet der bis zum 01. Juli 2026 vorgesehenen Zuschlagserteilung besteht für die Beschaffung von Microsoft-Lizenzen (exklusive M365-E5-Lizenzen) bis zum 31. Januar 2027 noch ein gesondertes Enterprise Agreement.

Die ausgeschriebene Rahmenvereinbarung tritt daher für sämtliche Lizenzen mit Ausnahme der M365-E5-Lizenzen erst am 01. Februar 2027 in Kraft. Abweichend hiervon sind die M365-E5-Lizenzen unmittelbar nach Zuschlagserteilung zu liefern. Nähere Informationen sind der Rahmenvereinbarung und dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

3.3 [unbesetzt]

4. Kommunikation

Die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bieter erfolgt grundsätzlich nur über die Vergabeplattform. Bieter sind verpflichtet, regelmäßig zu überprüfen, ob zusätzliche oder geänderte Informationen über die Vergabeplattform kommuniziert werden.

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache.

4.1 Kommunikationweg

Der Auftraggeber nutzt für die Durchführung des Vergabeverfahrens die Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal (DTVP).

Eine Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere durch das Stellen von Fragen oder das Einreichen Angeboten setzt voraus, dass sich Bieter unter

<https://dtvp.de/>

kostenfrei registrieren.

Auf dieser Webseite finden sich auch nähere Informationen zur Kommunikation, sowie zu den technischen Voraussetzungen zur Teilnahme am Vergabeverfahren über die Vergabeplattform.

4.2 Fragen, Hinweise, Beanstandungen der Bieter

Enthalten Bekanntmachungen oder (Vergabe-)Unterlagen des Auftraggebers nach Auffassung eines Bieters Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter den Auftraggeber hierauf unverzüglich in Textform hinzuweisen.

Fragen/Hinweise der Bieter sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

01.06.2026

über die Vergabeplattform einzureichen. Bieter sollen hierfür das mit den Vergabeunterlagen bereitgestellte *Dokument Nr. 16 Formblatt Bieterfragen* verwenden.

Die Beantwortung von Bieterfragen und sonstige verfahrensrelevante Informationen seitens des Auftraggebers erfolgen grundsätzlich über das Deutsches Vergabeportal.

Auch die Bieterfragen selbst werden vom Auftraggeber dabei grundsätzlich veröffentlicht. Der Auftraggeber bittet daher darum, die Bieterfragen so zu formulieren, dass sie keine Rückschlüsse auf die Identität des fragstellenden Bieters zulassen.

4.3 [unbesetzt]

4.4 [unbesetzt]

5. Auftragsgegenstand

Der Auftragsgegenstand, insbesondere der Inhalt und Umfang der ausgeschriebenen und anzubietenden Leistungen ergibt sich im Einzelnen aus den Vergabeunterlagen, insbesondere aus den Vertragsunterlagen, dort insbesondere aus der Leistungsbeschreibung.

5.1 Rahmenvereinbarung

Das Vergabeverfahren betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung gemäß § 21 VgV mit der LfA Förderbank Bayern als einzigem Auftraggeber und einem Auftragnehmer.

5.1.1 Abgrenzung weitere Rahmenvereinbarungen

Mit Ausnahme der M365-E5-Lizenzen besteht für die Beschaffung von Microsoft-Lizenzen bis zum 31. Januar 2027 noch ein gesondertes Enterprise Agreement.

Die ausgeschriebene Rahmenvereinbarung tritt daher für sämtliche Lizenzen mit Ausnahme der M365-E5-Lizenzen erst zum 1. Februar 2027 in Kraft.

5.1.2 Höchstwert der Rahmenvereinbarung

Der Höchstwert der Rahmenvereinbarung beträgt 5.000.000. Euro (netto), siehe Teil A, Ziffer 5 der Rahmenvereinbarung.

5.2 Loszuschnitt

Die ausgeschriebenen Leistungen sind nicht in Lose aufgeteilt oder getrennt.

5.3 Optionen und Vertragsverlängerungen

Es sind folgende optionale Leistungen vorgesehen:

Zusätzlich zu den im Preisblatt genannten Produkten können weitere, nicht gelistete Lizenzbedarfe und Microsoft-Produkte hinzukommen, die dann gesondert anzubieten sind, siehe Ziffer 2 des Leistungsverzeichnisses.

Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt 36 Monate (bis 31.01.2030). Der Auftraggeber ist berechtigt, die Rahmenvereinbarung 2 mal um 6 Monate zu denselben Bedingungen zu verlängern.

6. Vergabeunterlagen

6.1 Checkliste bereitgestellter Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt mit dieser Aufforderung zur Abgabe eines Angebots folgende Vergabeunterlagen / Dokumente bereit:

Lfd Nr.	Bezeichnung Dokument	Rücklauf benötigt
01	Aufforderung zur Angebotsabgabe einstufig	Nein
04	Datenschutzinformation	Nein
05	Vorformuliertes Angebot	Ja
06	Bietergemeinschaftserklärung	Ja (soweit zutreffend, siehe Ziff. 7.1)
07	Erklärung zum Unterauftragnehmereinsatz	Ja (soweit zutreffend, siehe Ziff. 7.2)
08	Erklärung des Unterauftragnehmers	Ja (soweit zutreffend, siehe Ziff. 7.2)
09	Erklärung zur Eignung	Ja
10	Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben	Ja
11	[unbesetzt]	Nein
12	EVB-IT digital Rahmenvereinbarung	Nein
12a	Anlage Leistungsverzeichnis	Nein
12b	Anlage Übersicht Lizenzverträge zwischen BMI und MIOL (nicht veröffentlicht, siehe Ziff. 6.2)	Nein
12c	Anlage Ergänzungsvereinbarung über die Mindestinhalte nach DORA	Ja (soweit zutreffend, siehe Ziff. 6.2)

12d	Anlage Anlage 1 zur Ergänzungsvereinbarung über die Mindestinhalte nach DORA	Ja (soweit zutreffend, siehe Ziff. 6.2)
12e	Anlage Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung	Nein
12f	Anlage Verpflichtung zur Informationssicherheit	Nein
12g	Anlage Verpflichtungserklärung DSG-BG-WPV	Nein
12h	Anlage Datenschutzhinweis EU DSGVO	Nein
12i	Anlage Preisblatt	Ja
12j	Anlage Vergütungssysteme von Instituten	Nein
12k	Anlage Verhaltenskodex der LfA für Lieferanten und Dienstleister	Nein
12l	Erklärung zu Russlandsanktionen	Ja
12m	Anlage Sonstige Vereinbarungen - Dienstleistungsvertrag	Nein
16	Formblatt Bieterfragen	Nein

6.2 Hinweise zu den bereitgestellten Vergabeunterlagen

Das Dokument „Übersicht über die ab dem 01.06.2025 gültigen neuen Lizenzverträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat („BMI“) und Microsoft Ireland Operations Limited („MIOL“)“ (Anlage Nr. 2 zur Rahmenvereinbarung) wird zum Schutz der Vertraulichkeit der BMI-Konditionenverträge zwischen dem Bundesministerium des Innern und Microsoft nicht veröffentlicht. Die Übersicht beinhaltet unter „Konzernverträge“ den Microsoft Business und Service Vertrag (Vertragsnummer U5223585), das Komponenten EA (Dokumentenummer: CTM X20-13030-C; Vertragsnummer: 5249528) und das Plattform EA (Dokumentenummer: CTM X20-13030-P; Vertragsnummer: 4785551) sowie unter „Select Plus Vertrag“ den Microsoft Business und Service Vertrag (Vertragsnummer U7765287) und den Select Plus Vertrag (Vertragsnummer: 7492930 mit Zusatzvereinbarung 7-3DNVFNKJOZ). Bei Bedarf kann die Veröffentlichung der Übersicht im Wege einer Bieterfrage angefragt werden.

Der Bieter hat die Möglichkeit, als Teil seines Angebots einen eigenen „DORA-Annex“ vorzulegen, welcher die vom Auftraggeber vorgesehene „Ergänzungsvereinbarung über die Mindestinhalte nach Art. 30 Abs. 3 DORA“ (Dokument Nr. 12c; Anlage Nr. 3 zur Rahmenvereinbarung) sowie ggf. die „Anlage 1 Leistungsorte und Subunternehmer zur Ergänzungsvereinbarung über die Mindestinhalte nach Art. 30 Abs. 3 DORA“ (Dokument Nr. 12d; Anlage Nr. 4 zur Rahmenvereinbarung) im Falle der Zuschlagserteilung ersetzt. Der Bieter muss in diesem Fall sicherstellen, dass das eingereichte Dokument die Einhaltung der – für den Auftraggeber verbindlichen – Vorschriften der „Verordnung (EU) 2022/2554 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor“ (Digital Operational Resilience Act; im Folgenden „DORA“) gewährleistet. Sollte dies nicht der Fall sein, kann das Angebot des Bieters gemäß § 57 VgV ausgeschlossen werden.

7. Beteiligungs- und Unternehmereinsatzformen

7.1 Bietergemeinschaft

Bietergemeinschaften werden grundsätzlich wie Einzelbieter behandelt. Bei Bildung einer Bietergemeinschaft sind die hierzu im Vergabeverfahren geltenden Anforderungen einzuhalten.

Bietergemeinschaften haben das von dem Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 6 Bietergemeinschaftserklärung* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Angebot abzugeben und einzureichen.

Im Falle von Bietergemeinschaften sind die von dem Auftraggeber bereitgestellten *Dokumente Nr. 9 Erklärung zur Eignung, Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben und Nr. 12I Erklärung zu Russlandsanktionen* von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen und einzureichen.

7.2 Unterauftragnehmer und Eignungsleihe

Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zugelassen. Bei beabsichtigtem Einsatz von Unterauftragnehmern sind die hierfür im Vergabeverfahren geltenden Anforderungen einzuhalten.

Bei beabsichtigtem Einsatz von Unterauftragnehmern hat der Bieter das von dem Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 7 Erklärung zum Unterauftragnehmereinsatz* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Angebot abzugeben und einzureichen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle und/oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (Eignungsleihe), hat er nachzuweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Hierzu hat der Bieter von diesen anderen Unternehmen das von dem Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 8 Erklärung des Unterauftragnehmers* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen einzuholen und mit der Angebotsabgabe abzugeben und einzureichen.

Für diesen Fall einer Eignungsleihe sind mit Abgabe des Angebots für die betroffenen Dritten die erforderlichen Erklärungen zum Nachweis ihrer Eignung unter Verwendung der dafür vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Dokumente (*Nr. 8 Erklärung des Unterauftragnehmers, Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben, Nr. 9 Erklärung zur Eignung und Nr. 12I Erklärung zu Russlandsanktionen*) auszufüllen und einzureichen.

Nimmt der Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, haben der Bieter und das andere Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam zu haften.

7.3 Mehrfachbeteiligung

Im Falle von Mehrfachbeteiligungen einzelner Bieter/Unterauftragnehmer/anderer Unternehmen (z. B. im Falle einer Beteiligung eines Unternehmens als Einzelbieter einerseits und als Unterauftragnehmer eines anderen Einzelbieters andererseits) ist der Auftraggeber grundsätzlich gehalten, die Zulässigkeit dieser konkreten "Mehrfachbeteiligung" im Einzelnen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls zu prüfen und zu bewerten.

Diese Prüfung erfolgt insbesondere dahingehend, ob durch die Mehrfachbeteiligung ein Verstoß gegen den Geheimwettbewerb und den Wettbewerbsgrundsatz vorliegt. Abhängig von den

konkreten Umständen des Einzelfalls kann eine Mehrfachbeteiligung verschiedene Konsequenzen haben, ggf. sogar den zwingenden Ausschluss von allen von der Mehrfachbeteiligung betroffenen Bieter.

Bieter sind daher aufgefordert, bei jeder Entscheidung über ihre Beteiligungs- und Einsatzform zu prüfen, ob und inwieweit eine Mehrfachbeteiligung vorliegt und diese zulässig ist.

7.4 Eignungskriterien bei Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmern & Eignungsleihe

Bieter haben - unabhängig von ihrer Beteiligungs- und Untereinsatzform - insbesondere die Regelungen über die Eignungskriterien (nachfolgende Ziff. 8.1-8.5.) zu beachten.

Bei Bildung einer Bietergemeinschaft sind die hinsichtlich der Eignungskriterien (nachfolgende Ziff. 8.1-8.5.) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise durch die Mitglieder der Bietergemeinschaft abzugeben und einzureichen.

Soweit der Bieter im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle und/oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (Eignungsleihe), sind die hinsichtlich der Eignungskriterien (nachfolgende Ziff. 8.1-8.5.) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise durch den Bieter von diesen anderen Unternehmen einzuholen und mit dem Angebot abzugeben und einzureichen.

7.5 Änderungen bei Bietergemeinschaften sowie Unterauftragnehmern

Bei Änderungen an gebildeten Bietergemeinschaften und/oder am beabsichtigten Unterauftragnehmereinsatz (einschl. Eignungsleihe) während des Vergabeverfahrens, ist der Auftraggeber grundsätzlich gehalten, die Zulässigkeit der konkreten Änderung im Einzelnen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls zu prüfen und zu bewerten. Diese Prüfung erfolgt insbesondere dahingehend, ob durch die Änderung ein Verstoß gegen Vergabevorschriften vorliegt. Abhängig von den konkreten Umständen des Einzelfalls kann eine Änderung verschiedene Konsequenzen haben, ggf. sogar den zwingenden Ausschluss des betroffenen Bieters.

Bieter sind daher aufgefordert, bei jeder Entscheidung über Änderungen an gebildeten Bietergemeinschaften und/oder am beabsichtigten Unterauftragnehmereinsatz (einschl. Eignungsleihe) während des Vergabeverfahrens zu prüfen, ob und inwieweit die beabsichtigte Änderung zulässig ist.

Etwaige Änderungen sind durch die betroffenen Bieter gegenüber dem Auftraggeber transparent zu machen, und zwar unter Darlegung der Gründe für diese Änderungen und der Gründe, warum aus Sicht des betroffenen Bieters darin kein Verstoß gegen Vergabevorschriften, insbesondere keine Verletzung der Vergabegrundsätze besteht. Die abschließende Prüfung und Entscheidung über die Zulässigkeit einer etwaigen Änderung obliegt im Vergabeverfahren dem Auftraggeber.

8. Eignungskriterien

Eine Übersicht zu sämtlichen Eignungskriterien sowie den diesbezüglichen Mindestanforderungen ist der Auftragsbekanntmachung zu entnehmen.

Erläuternde Hinweise sind den nachfolgenden Ausführungen sowie dem *Dokument Nr. 9 Erklärung zur Eignung* und dem *Dokument Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben* zu entnehmen, die ebenfalls Bestandteil der Vergabeunterlagen sind.

8.1 Ausschlussgründe

Bieter haben Angaben und Erklärungen zu geltenden Ausschlussgründen im Zusammenhang mit der Eignung von Unternehmen abzugeben und einzureichen § 42 VgV i.V.m §§ 123, 124 GWB. Hierzu haben Bieter die vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit der Angebotsabgabe abzugeben und einzureichen.

8.2 Befähigung zur Berufsausübung

Bieter haben Angaben und Erklärungen im Zusammenhang mit dem Nachweis ihrer Befähigung zur Berufsausübung abzugeben und einzureichen § 44 VgV i.V.m § 122 GWB. Hierzu haben Bieter das vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 9 Erklärung zur Eignung* sowie das *Dokument Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit der Angebotsabgabe abzugeben und einzureichen.

8.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bieter haben Angaben und Erklärungen zu geltenden Ausschlussgründen im Zusammenhang mit dem Nachweis ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit abzugeben und einzureichen § 45 VgV i.V.m §§ 123, 124 GWB. Hierzu haben Bieter das vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 9 Erklärung zur Eignung* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit der Angebotsabgabe abzugeben und einzureichen.

8.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bieter haben Angaben und Erklärungen zu geltenden Ausschlussgründen im Zusammenhang mit dem Nachweis ihrer technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit abzugeben und einzureichen § 46 VgV i.V.m §§ 123, 124 GWB. Hierzu haben Bieter das vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 9 Erklärung zur Eignung* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit der Angebotsabgabe abzugeben und einzureichen.

8.6 [unbesetzt]

8.7 Wettbewerbsregister

Bieter haben Angaben und Erklärungen im Zusammenhang mit der Wettbewerbsregisterabfrage (§ 6 Abs. 1 WRegG) abzugeben und einzureichen. Hierzu haben Bieter die vom Auftraggeber bereitgestellte *Dokument Nr. 10 Erklärung zu Ausschlussgründen und weitere Angaben* nebst den darin enthaltenen Angaben und Erklärungen mit dem Angebot abzugeben und einzureichen.

9. Vom Bieter einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot sind die unter Ziff. 6. Vergabeunterlagen in der Tabelle mit „Rücklauf benötigt“ gekennzeichneten Dokumente abzugeben und einzureichen.

9.1 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

9.2 Alternative Hauptangebote

Alternative Hauptangebote sind nicht zugelassen.

9.3 Kennzeichnung gewerbliche Schutzrechte, Geheimschutz, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Bieter haben in ihrem Angebot anzugeben, ob für den Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen, beantragt sind oder erwogen werden § 53 VIII VgV.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass im Falle von Rechtsschutzverfahren im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren Informations-, Auskunfts- und/oder Akteneinsichtsrechte bzw. -ansprüche von Beteiligten/Dritten geltend gemacht werden können und ggf. solche Rechte/Ansprüche Beteiligter/Dritter bestehen. Der Auftraggeber empfiehlt Bietern daher, bereits bei der Abgabe und Einreichung ihrer Angebote Angebotsteile zu kennzeichnen, die dem Geheimschutz, insbesondere etwaigen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen unterliegen.

9.4 Form und Übermittlung der Angebote

Angebote sind in Textform nach § 126b BGB über die Vergabepattform abzugeben und einzureichen.

9.5 Entschädigung, Kostenerstattung, Vergütung o.ä für Teilnahme am Vergabeverfahren

Für die Teilnahme am Vergabefahren wird keine Entschädigung, Kostenerstattung, Vergütung o.ä. gewährt.

10. Prüfung und Wertung der Angebote; Zuschlagskriterien

10.1 Prüfung und Wertung der Angebote

Die Prüfung und Wertung der Angebote durch den Auftraggeber erfolgt nach folgendem Prozedere:

1. Prüfung der Angebote auf Einhaltung der Formalien (§§ 56, 57 VgV, insbesondere form- und fristgerechte Übermittlung und Einreichung).
2. Prüfung der Angebote auf Vorliegen der geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise und Entscheidung über etwaige Nachforderungen gemäß § 56 Abs. 2 ff. VgV.
3. Prüfung der Angebote auf Vorliegen von Ausschlussgründen (Erfüllung von Eignungs- bzw. Mindestanforderungen).
4. Prüfung der Angemessenheit der angebotenen Preise, insbesondere unter Berücksichtigung von § 60 VgV.
5. Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots auf Grundlage des oder der bekannt gemachten Zuschlagskriterien und deren Gewichtung

10.2 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Für diese Ermittlung wendet der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien an:

Preis | 100%.

Das preisgünstigste Angebot erhält den Zuschlag. Die Einzelheiten dazu ergeben sich aus dem beigefügten *Dokument Nr. 12i Preisblatt*. Das Preisblatt ist Bestandteil der Vergabeunterlagen und Grundlage für die Bewertung der Angebote verwendet. Die Inhalte des Preisblattes sind vom Bieter bei der Angebotserstellung zu berücksichtigen.

Sollten zwei oder mehrere Angebote den gleichen Angebotspreis ausweisen, entscheidet das Los.

11. Verfahrensablauf, Termine und Fristen

Hinsichtlich des Verfahrensablaufs finden die für die gewählte Vergabeverfahrensart geltenden Vergabevorschriften Anwendung.

Der Auftraggeber sieht den nachfolgenden Terminplan vor. Änderungen/Ergänzungen an dem Terminplan behält sich der Auftraggeber vor, wenn und soweit sich dies als sachdienlich und zweckmäßig erweist.

Bieterfragen	
Frist	01.06.2026

Einreichung der Angebote	
Frist	15.06.2026, 10 Uhr

Bindefrist für Angebote	
Frist	31.07.2026

LfA Förderbank Bayern